

Antragsteller: Landesvorstand, Leitantrag 1 (L-1)

Sicherheit global und zivil definieren!

Der Kalte Krieg ist Geschichte – die Massenarmeen auch

In den Jahrzehnten des Kalten Krieges bestand die Hauptaufgabe der Bundeswehr darin, zusammen mit den NATO-Verbündeten eine Invasion der konventionellen Streitkräfte aus den Staaten des Warschauer Pakts abwehren zu können.

In den Jahren von 1989 bis 1991 zerbrachen das östliche Militärbündnis und die Sowjetunion. Seitdem – spätestens aber seit dem NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn – sind die Bedrohungsszenarien von einst gegenstandslos geworden.

Deutschland ist heute von Freunden umgeben, ein Krieg in West- und Mitteleuropa ist dank EU, Europarat, NATO, Völkerverständigung und Wirtschaftsverflechtungen unvorstellbar geworden.

Die Geschichte aber ist mit dem tiefgreifenden Wandel zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts nicht an ihr Ende gekommen, und auch heute leben wir leider noch immer nicht in einer friedlichen Welt.

Derzeit treten vor allem die religiösen und ethnischen Konflikte, die Bürgerkriege vor unserer europäischen Haustüre wie in der Dritten Welt in den Vordergrund. Sie belasten nicht nur unser Gewissen und wecken Mitleid mit den Betroffenen, sondern bedrohen indirekt auch unsere Sicherheit. Dass der internationale Terrorismus letzteres auf sehr direkte Weise tut, ist am 11. September 2001 nicht nur den US-Amerikanern deutlich vor Augen geführt worden.

Aus dieser veränderten Sicherheitslage und im Kontext der von uns begrüßten Umorientierung deutscher Außenpolitik seit Mitte der 90er Jahre – der sich herausbildenden Bereitschaft zur Übernahme von aktiver Verantwortung in der und für die Welt – ergeben sich in unseren Augen dreierlei Konsequenzen:

Konflikte zivil lösen

Weder religiöse und ethnische Konflikte noch der internationale Terrorismus lassen sich allein mit militärischen Mitteln lösen. Die Schwerpunkte der Sicherheitspolitik müssen auf Gewaltvermeidung – also Prävention – und ziviler Beilegung von Konflikten liegen. Dafür notwendig sind ein globales System zur Früherkennung von Konflikten, der Aufbau eines zweiten Standbeins der Sicherheitspolitik in Form eines Zivilen Friedensdienstes sowie effektive Maßnahmen zur Unterbindung der Verbreitung von allen Waffen.

Wer die Probleme an der Wurzel angehen will, wird nicht umhin kommen, mindestens den international vereinbarten Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttoinlandsprodukt von 0,7% ernsthaft anzustreben und sich für ein gerechteres Welthandelssystem einzusetzen. Insbesondere bedeutet dies ein Weniger an Protektionismus und Subventionen auf Seiten des Nordens. Außerdem ist eine Stärkung der zivilen und diplomatischen Konfliktlösungsstrategien notwendig. Hierbei setzen wir vor allem auf die Vereinten Nationen sowie auf eine einflussreichere gemeinsame Friedens- und Außenpolitik der EU.

Sicherheit multilateral denken

Angesichts der Globalisierung von Gefahren muss auch die militärische Sicherheitskomponente global gedacht werden. Sie wird heute nicht mehr im nationalen Maßstab, sondern nur noch multilateral im Rahmen internationaler Organisationen gewährleistet. Das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen ist für uns integraler Bestandteil einer globalen Sicherheitsarchitektur. Langfristig müssen die UN in die Lage versetzt werden, Beschlüsse des Sicherheitsrates auch ohne Rückgriff auf Bündnissysteme wie die NATO um- und durchzusetzen.

Wir fordern weiterhin den Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und des Eurokorps sowie die Schaffung von Strukturen, welche UN-mandatierte Kriseneinsätze der EU auch unabhängig von der NATO ermöglichen. Langfristig streben wir an, die regionalen Verteidigungsbündnisse durch ein, durch die Weltgemeinschaft legitimes und ihre Interessen vertretendes, globales Kriseneinsatz-System zu ersetzen, was insbesondere auch die mittelfristige Abschaffung der NATO impliziert.

Bundeswehr reformieren – Wehrpflicht abschaffen

Die neuen Aufgaben erfordern eine moderne, effiziente, professionelle und vor allem einsatzfähige Bundeswehr. Diese Beschreibung trifft nicht auf den Status quo zu: Die Zeitungen spotten in regelmäßigen Abständen über die schlechte Ausrüstung der SoldatInnen und klagen, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht seien, obwohl gerade einmal drei oder vier Prozent der Bundeswehrangehörigen im Ausland eingesetzt sind.

Die Modernisierung der Bundeswehr muss notwendigerweise einhergehen mit einer drastischen Reduzierung des Personals auf 200.000 Männer und Frauen sowie mit der überfälligen Aussetzung der Wehrpflicht. Die Entscheidung dafür muss unserer Meinung nach noch in dieser Legislaturperiode fallen, der Übergang zu einer Freiwilligenarmee bis zum Ende des Jahrzehnts vollzogen sein.

Für eine Abschaffung der Wehrpflicht sprechen aus unserer Sicht folgende Argumente:

- Wehrpflichtige binden AusbilderInnen, Material, Infrastruktur und vor allem finanzielle Mittel, ohne jedoch am Ende ausreichend gut ausgebildet und spezialisiert zu sein oder für Auslandseinsätze im Rahmen des Völkerrechts zur Verfügung zu stehen. Die Wehrpflicht läuft daher der angestrebten größeren Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit zuwider.
- Der mit einem Zwangsdienst einhergehende Eingriff in die Freiheitsrechte junger Menschen ist nach dem Ende des Kalten Krieges sicherheitspolitisch und moralisch nicht mehr zu begründen. Es verwundert daher nicht, dass die Wehrpflicht bei vielen jungen Menschen als Willkürakt und staatlich sanktionierte Freiheitsberaubung empfunden wird.
- Von den Wehrpflichtigen des Geburtsjahrgangs 1978 haben nur 31 Prozent den Grundwehrdienst geleistet, der laut Bundesverfassungsgericht eine „gleich belastende Pflicht“ sein soll. Knapp 34 haben dagegen überhaupt keinen Dienst leisten müssen. In den kommenden Jahren werden Anspruch und Realität noch weiter auseinanderdriften – von Wehrgerechtigkeit kann längst keine Rede mehr sein.
- Die meisten NATO-Länder, unter anderem Frankreich, Spanien, die Niederlande und die Vereinigten Staaten, haben eine Freiwilligenarmee. Die deutsche Wehrpflicht ist seit langem ein Anachronismus und steht der Integration europäischer Streitkräfte im Wege.

- Die Wehrpflicht trägt mit dazu bei, dass die Deutschen beim Berufseinstieg im europäischen Vergleich relativ alt sind – ein Nachteil im Wettbewerb. Man kann sich nicht einerseits über zu lange Ausbildungszeiten beklagen, andererseits aber für die Beibehaltung der Wehrpflicht plädieren, die auf diese Weise auch wirtschaftspolitisch zum Hemmschuh wird.
- Die Bedeutung der Wehrpflicht für die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft wird überschätzt, zumal nur noch eine Minderheit eines Jahrganges über den Wehrdienst mit der Armee in Berührung kommt.
- Versuche, die Wehrpflicht über Terrorabwehr und Restitutionsbedarf (langfristige Wiederherstellung der Fähigkeit zur Landesverteidigung) neu zu begründen, können nicht überzeugen, sind widersprüchlich und laufen auf eine Verewigung der Wehrpflicht hinaus. Die Dogmatisierung eines Anachronismus ist aber das Letzte, was wir brauchen können.
- Die Nachwuchsgewinnung wird sicherlich durch die Wehrpflicht erleichtert, mit diesem Nebenprodukt lässt sich aber kein Zwangsdienst begründen.
- Mit einer weiteren Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes auf sechs oder gar lächerliche vier Monaten würde für alle Beteiligten die Last größer als der Nutzen.

Die Modernisierung der Bundeswehr und die Erhöhung der Investitionsquote wird es nicht zum Nulltarif geben. Wir sehen aber gleichzeitig ausreichend Einsparmöglichkeiten z. B. durch die Aussetzung der Wehrpflicht, durch Bürokratieabbau, durch die Aufgabe überflüssiger Standorte und verstärkte europäische Kooperation beispielsweise bei der Materialbeschaffung. Deshalb und angesichts der dramatischen Situation der Staatsfinanzen lehnen wir es ab, den Anteil des Verteidigungsetats am Bundeshaushalt zu erhöhen.

Nein zum Einsatz im Inneren, Ja zum Parlamentsheer

Einem von Seiten der Union immer wieder geforderten Einsatz der Bundeswehr im Inneren über den bloßen Katastrophenschutz hinaus erteilen wir eine klare Absage. Die Trennung zwischen den inneren polizeilichen und den äußeren militärischen Aufgaben ist – historisch wie pragmatisch – gut begründet.

Es ist bei der Verabschiedung des geplanten „Entsendegesetzes“ sicherzustellen, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee bleibt. Die Debatten über Auslandseinsätze sind im Bundestag fast immer sachlich und verantwortungsbewusst geführt worden, die meist breite Parlamentsmehrheit ist eine große moralische Stütze für die SoldatInnen gewesen. Wegen der großen Bedeutung, die wir der öffentlichen Diskussion und der parlamentarischen Legitimation beimessen, widersetzen wir uns einer Ausweitung der Kompetenzen der Exekutive auf Kosten des Bundestags, auch wenn dies im Einzelfall zu einem geringen Zeitverlust bei der Entscheidungsfindung führen sollte.

Fazit

Zentrales Element einer echten Bundeswehrreform sind für uns die Abschaffung der Wehrpflicht und, daraus resultierend, eine deutliche Verringerung des Personals sowie eine Erhöhung der Investitionsquote. Wir wollen die Bundeswehr – als Teil einer zu schaffenden EU-Armee und eines funktionierenden Systems der kollektiven Sicherheit unter dem Dach der Vereinten Nationen – fit machen für die Aufgaben der Zukunft.

Widerstrebend müssen wir die Tatsache anerkennen, dass sich Frieden und Stabilität auf diesem Globus nur mit schönen Worten zwar erträumen, aber nicht schaffen lassen. Dennoch wenden wir uns gegen eine eindimensionale Definition des Sicherheitsbegriffes. Ziel

muss es sein, die Bundeswehr und auch eine zukünftige Europaarmee langfristig ihrer Daseinsberechtigung zu berauben.

**13. Landesjugendversammlung
Hammelburg, 21. bis 23. November 2003**

